

Der Kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der SPD. / Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten GmbH, Berlin SW 61, Planufer 17

Präsidentenwahl, Aufwertung und Arbeiterkonsumvereine.

W. Z. In den Tagen vor dem 29. März, vor der Wahl des sogenannten Reichspräsidenten, führten die Sozialdemokraten gegen die Deutschnationalen einen grausigen Arie. Sie nannten sie Betrüger und Volkseinde. Sie, die Deutschnationalen, hätten den Mittelstand ruiniert, die Rentner an den Bettelstab gebracht und den kleinen Sparern in eines trübseligen, kriegerischen Tumultes gestohlen. Und nun zu allen anderen Verbrechen hätten sie durch Betrug und Diebstahl den Deutscherwählern versprochen die Bestohlenen nochmals betrogen. Dies und mehr war jeden Tag vor dem 29. März, in der gesamten sozialdemokratischen Parteipresse zu lesen.

Sie waren durchaus im Recht, die Herren Sozialdemokraten. Die Deutschnationalen und volksparteiliche Ausbeuterklasse, unter Führung des Zentrums und der Demokraten, hat tatsächlich während des Krieges, und noch dem Krieg besonders in der Zeit der von ihr herbeigeführten Inflation, die Volkswirtschaft bis zum Scheitern ausgeplündert und sie in jückerisches Elend gestürzt. Aber die Sozialdemokraten wollten sich nicht damit begnügen: Ohne ihre Unterstützung des Krieges, ohne ihr Zureden und Wankhalten wäre diese Ausbeuterklasse nicht möglich gewesen, und es ist recht nicht möglich gewesen nach Kriegsende, wenn die in den verschiedenen Regierungen stehenden, ausbeuterischen sozialdemokratischen Minister ihrer Pflicht als Arbeitervertreter nachzukommen. Die Sozialdemokraten, Arbeiterpolitik betrieben hätten. Die Sozialdemokraten, Arbeiterpolitik, daß sie die Hauptschuldigen am deutschen nationalen Raubzug auf die Taschen der wertigen Arbeiter und die Hauptschuldigen am Volksverderben waren und noch sind. Denn haben nicht die Sozialdemokraten, insbesondere ihre Parteiführer, die Herren Ebert, Scheidemann, Wels, Südekum, Heilmann u. a. die empfindlichsten Arbeiter nicht die sozialdemokratischen Minister im „Vorwärts“, die zur Bekämpfung der Kriegsanleihen auftraten? Die Sozialdemokraten waren es, mit deren Hilfe 168 Milliarden Goldmark Kriegsanleihen zum großen Teil aus den Ersparnissen der arbeitenden Schichten herausgeschunden und in die Taschen der Kapitalisten und Finanzmagnaten, der Schieber und Kriegsgewinnler geschoben wurden. Wo waren Herr Hillerbrand u. a., der sozialdemokratische Finanzminister, und seine sozialdemokratischen Ministerkollegen, als 1923 ebenso wie die Papierlöhne der Arbeiter, auch die Staats- und Kriegsanleihen, sowie alle Sparlassenbücher zu elenden Papierfetzen wurden? Was haben die Sozialdemokraten getan, um diesen Raubzug der Deutschnationalen zu verhindern? Und warum haben die Sozialdemokraten die seit von ihnen verlangte Aufwertung, als sie in der Regierung und an der Macht waren, nicht durchgeführt? „Es war kein Geld vorhanden.“ Aber den Juchendbaronen wurden im Jahre 1923 10 Milliarden Reichsmark von der Regierung mit ihren sozialdemokratischen Ministern gestundet und später völlig geschenkt! Für eine auch nur geringfügige Erhöhung der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenlöhne war niemals Geld da. Aber Ende 1924 wurden dem Südekum & Co. aus den Steuererträgen der deutschen Arbeiter 715 Millionen Goldmark als „Entschädigung“ gezahlt, wiederum, wie jetzt im Untersuchungsbericht des Reichstages über die Ruhestückungsmaßnahmen ausführlich festgestellt, unter Aufwendung der Mitteln der Sozialdemokraten, der Minister Seemann, Radbruch, Schmidt und besonders des Preussischen Ministerpräsidenten und verflochtenen Präsidenten Scheidemanns, des Sozialdemokraten Brauns. Für minimale Aufbesserungen der Grundlöhne der Eisenbahner, für Aufwertung der Sparanlagen und Entschädigung der Verstorbenen — kein Geld. Aber den Barmer und Anstalts & Co. wurden Millionen über Millionen in den unerfindlichen Hals „gespritzt“. Wer weiß, wieviel Millionen und Milliarden sonst noch an die Götter gegangen sind? Wieviel Millionen die Kon-

zerne, in denen die Heilmann, Bauer usw. „ganz gratis“ 18 bis 27 Aufsichtsratsposten auf einmal besaßen, noch zugesichert erhalten hätten, wenn die Sozialdemokraten nicht von ihren langjährigen volksparteilichen Koalitionsspartnern, die das Geschäft jetzt allein betreiben wollten, aus der Regierung herausgeschmissen worden wären.

Zwei Dinge sind klar: Wenn die Sozialdemokraten mit ihren Aufträgen gegenüber den Deutschnationalen tausendmal im Recht sind, so rufen sich diese Aufträge gleichzeitig tausendmal gegen die gesamte, seit zehn Jahren betriebene sozialdemokratische Politik.

Und zweitens: entpuppt sich so ihr jetziger Scheinkampf gegen die Deutschnationalen als elende Demagogie, zu dem Zweck angewendet, Stimmenslang zu betreiben. Dieser mit aller Raffinesse betriebene demagogische Stimmenslang der Sozialdemokraten hat leider demagogische, doch große Schäden von Arbeitern, des Mittelstandes, der Kleinhandel- und Gewerbebetreibenden sich von diesem Schwindel der Sozialdemokraten betören lassen und sie, die dem Herrn Barre & Co. ihre Stimme verweigerten, einem Komplex des Herrn Barre, Herrn Braun, ihre Stimme gaben. Diese Kreise sollten sich bei der zweiten Wahl am 26. April des sozialdemokratischen Volksbeirats erinnern.

Ein besonders trasses Beispiel dieser sozialdemokratischen Demagogie finden wir auch in den Konsumvereinen. Hier sitzen in den Leitungen fast nur Sozialdemokraten. Hier hauptsächlich Arbeiter und Angestellte ihre mühselig ersparten Ersparnisse als Anteile und Spareinlagen eingezahlt. Aber die sozialdemokratischen Leitungen der Konsumvereine haben eine Aufwertung, obwohl sie bei Klassenbewußten, proletarischer Finanz- und Geschäftsführung durchaus möglich gewesen wäre, genau so verweigert wie die Deutschnationalen. Und trotzdem haben große Schichten der in den Konsumvereinen organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen am 29. März sozialdemokratisch gestimmt, obwohl sie am eigenen Leibe sozialdemokratische Demagogie und sozialdemokratische Aufwertungspraxis erleben mußten.

In beiden Fällen sowohl in den Sparverbänden wie in den Konsumvereinen, ist es Aufgabe der Kommunisten und aller Klassenbewußten Arbeiter, ihren noch mit Blindheit geschlagenen Klassengenossen diese Tatsachen immer wieder vor Augen zu führen, um sie vor neuen Verführungen zu behüten. Dabei gilt es noch die eine Tatsache allen Arbeitern begründlich zu machen: Eine Aufwertung der Anteile wäre innerlich des kapitalistischen Systems wiederum nur auf Kosten der breiten proletarischen Massen möglich. An, wie die jetzt vorliegenden sogenannten Aufwertungsangebote zeigen, wird selbst die Aufwertung ausgenutzt ausschließlich im Interesse der besitzenden Klasse.

Solange sich Sozialdemokraten mit ihren kapitalistischen Befehlsbefehlshabern in der Leitung der Konsumvereine befinden, ist an eine Wiederumwandlung des an allen in Arbeiterkonsumvereinen organisierten Arbeitern begangenen Unrechts, an eine Aufwertung ihrer Anteile und Spareinlagen nicht zu denken. — Und ob Barre oder Marx, das ist gleichgültig wie gesungen, sie sind beide Vertreter kapitalistischer Interessen, sie können dem wertigen Volk nicht helfen. Die einzige mögliche Lösung auch für die in den Abgrund gestohlenen Schichten des Mittelstandes und besonders für das Proletariat ist der Klassenkampf, Zusammenbruch zum gemeinsamen Kampf um die Eroberung der politischen Macht, die Abschaffung der organisierten und zusammengekauften Inflationserträge und ergaunerten und ihre Ausbarmachung für die Interessen der wertigen Arbeiter. Wer das erkannt hat und wer das will, der wählt am 26. April nicht Hundebur, den Kandidaten der deutschnationalen Verleger, der wählt nicht Marx, den Zentrumskandidaten der Sozialdemokratie, der wählt zum Zeichen seines Protestes gegen kapitalistische Ausbeutung, als Ausdruck seines Willens zum gemeinsamen Kampf

den Kandidaten der Arbeiterklasse, den Arbeiter Ernst Thälmann!

Den „Politisch-Neutralen“ ins Stammbuch!

Jeder neue Anlauf und neue Sieg des politischen Kampfes veranlaßt sich in einem mächtigen Ausbruch für den wirtschaftlichen Kampf, indem er zugleich sein äußeres Maß an Selbstkritik erweitert und den inneren Antriebe der Arbeiter, ihre Lage zu bessern, ihre Kampfkraft erhöht. Nach jeder schmerzhaften Welle der politischen Aktion bleibt ein beständiger Niederschlag zurück, aus dem sofort tausendfältige Salme des ökonomischen Kampfes emporschießen. Und umgekehrt. Der unauflösbare ökonomische Streitstand und der Arbeiter mit dem Kapital hält die Kampfkraft in allen politischen Kämpfen wach, er bildet den Kern des Kampfes, die Reserve der proletarischen Revolution, aus dem der politische Kampf immer von neuem seine Macht herbeiholt und schließlich über das unterirdische ökonomische Leben und Profitstreben alle menschliche Kraft hier, bald dort zu einzelnen schroffen Konflikten, aus denen unerbittlich politische Konflikte auf großem Maßstab explodieren.

Roja Lugenburg.

Neue Literatur.

Dieser Tage ist in unserem Verlag eine neue kleine Broschüre erschienen:

„Die Landwirtschaftsgenossenschaften Sowjet-Rußlands“, 32 Seiten mit Bildern und einem Schema über das Netz der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Rußland. Hierdurch ist die erste Gelegenheit gegeben, sich über die russischen genossenschaftlichen Landwirtschafts-Verhältnisse zu informieren. — Preis 20 Pf.

An den nächsten Tagen erscheint die neue Nummer der von der Genossenschafts-Deputation herausgegebenen „Genossenschafts-Zeitung“.

Bestellungen können nachfolgend zugegeben werden. Allgemeine Genossenschafts-Verlag, Berlin-Friedrichshagen.

Kampf der Teuerung!

Die kommunistische Fraktion hat zu der am 6. April stattgefundenen Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung folgende Resolution eingebracht:

„Unser brüderlich wird die Not der wertigen Bevölkerung. Die besitzende Klasse Deutschlands, die Schwerindustrie und die von ihr beauftragte Luther-Regierung hat in Ausführung des Dawes-Abkommens, dem auch die Sozialdemokraten zustimmen, alle Löhne auf die Arbeiterklasse abgestürzt. Zu dem in Arbeit stehenden Schichten des Proletariats werden die Löhne nominal und relativ gekürzt, die Arbeitszeit auf 10 bis 12 und 14 Stunden verlängert. Ein anderer großer und immer größer werdender Teil der deutschen Arbeiterschaft wird in Erwerbslosigkeit, in Hunger, Not und Elend getrieben. Nach den vorliegenden Steuerplänen der Monarchistenregierung zu der auch das Zentrum, der Reichsdamier-Bundesrat der Sozialdemokraten gehört, sollen diese Löhne noch gekürzt werden. Alle sogenannten Besitztümer werden abgebaut und zu einem großen Teil völlig befreit. Alle indirekten Steuern sollen enorm erhöht werden, insbesondere Steuern auf Tabak, Bier und andere unersetzlichen Lebensmitteln; die schändliche aller Steuerarten, der Umfassenertrag, bleibt bestehen. Hinzu kommt die beabsichtigte Einführung von Schutzsteuern auf Getreide und Fleisch. Diese Pläne, wenn sie durchgeführt werden, müssen die Lage der arbeitenden Klassen in Deutschland zur Unentraglichkeit steigern, Not und Elend grausig vermehren.“

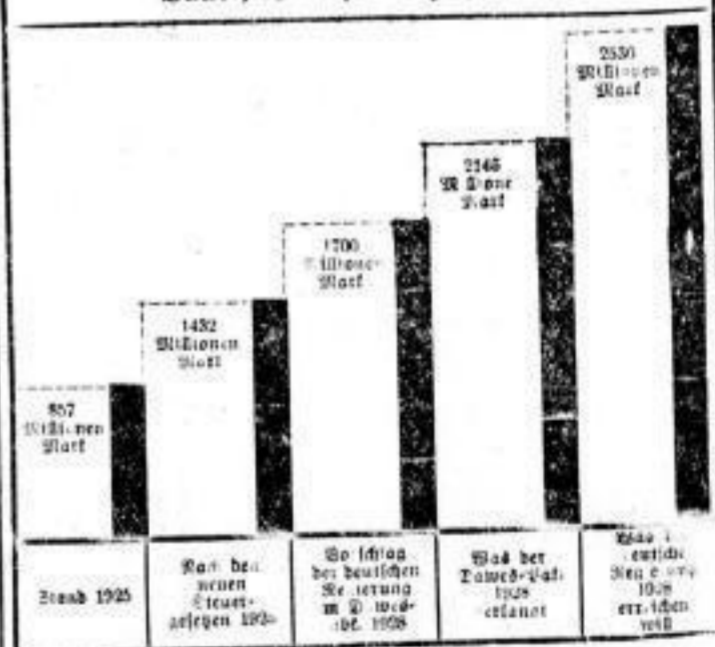
Diese Entwicklung wird sich auch auf die Konsumvereine auswirken, deren Existenz durch Steigerung der Lebensmittelpreise untergraben wird. Ein zentralisiertes, eine politische Intervention gegenüber diesen ökonomischen und politischen Interventionenmaßnahmen der deutschen Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse wäre ein Verbrechen am Proletariat.

Die Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung beantragt Vorstand und Verwaltung, gemeinsam mit den Gewerkschaften und der einzigen Arbeiterpartei, der kommunistischen Partei, die gesamte Berliner Arbeiterschaft zum Kampf gegen das bestehende Schandregime, zum Kampf um höheren Lohn, das strenge Achtundzwanzig und um Befreiung aller Steuerlasten für die Besessenen und verschärft die Bekämpfung der Steuerlasten gegen die Umfassenertrag in öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen zu mobilisieren. Die Aufsichtsräte, beim Vorstand des Zentralverbandes und der Konsumvereine in Hamburg unverzüglich darauf hinzuwirken, daß diese Komitee von deutschen Konsumgenossenschaftler zu einem Kampf aller deutschen Konsumvereine mit ihrer Millionen-Mitgliedschaft nach einheitlichem Plan unter Konzentration aller Kräfte auf den Sturz der monarchistischen Luther-Regierung gemacht wird.“

Bisher war die Mehrheit der Generalversammlung, aus Sozialdemokraten bestehend, wie der sozialdemokratischen Verwaltung selbst gegenüber, zu behaupten, ob es ihr Ernst ist mit ihrem „Kampf“ gegen Luther-Regierung, Steuerraub und Teuerung. Sie haben den Antrag abgelehnt, und bewiesen so von neuem, daß ihr Beitrag zum Kampf gegen Steuern und deutschnationalen Monarchistenregierung ein Spiegelbild ist, daß sie einen ernstlichen Kampf nicht wollen. Die Genossenschaftler leben, wie ihre Interessen von der sozialdemokratischen Führerschaft mit Füßen getreten werden und müssen daraus ihre Konsequenzen ziehen.

Was die Arbeiter zahlen sollen!

Verbrauchssteuern: Zucker, Tabak, Alkohol, Bier.



Das Schema zeigt die enorme Erhöhung der nach dem Dawes-Pakt an Meißner u. Co. verpfändeten Steuern auf Tabak, Bier, Alkohol und Zucker. Diese Steuern sollen 1924 557 Millionen Mark erbringen, tatsächlich sind über 1 Milliarde Mark eingegangen. Nach dem jetzt vorliegenden neuen Steuerplan sollen sie in diesem Jahre 1432 Millionen Mark erheben und nach dem Plan der Entente im Jahre 1926 auf 2146 Millionen Goldmark aufsteigend werden. Die Luther-Regierung aber will um für die deutschen Steuerzahler einen Extraprofit herauszuschinden diese Summe nur auf 253 Millionen Mark erhöhen.

Die reformistische Genossenschaftsbürokratie ist „neutral“! Kann auch nur ein Arbeiter nur eine Arbeiterin „neutral“ bleiben?

Geraus mit den „neutralen“ sozialdemokratischen Bürokraten aus dem Arbeiterkonsumvereinen!

Weg mit dem Steuerraub!

Nieder mit der Luther-Regierung!

Verantwortlich: Schönbek Berlin